

z. B. die Nichtgewährleistung des vollständigen Ersatzes des materiellen Schadens, der den staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen zugefügt wurde, eine unzureichende Tätigkeit zur Vorbeugung von Straftaten. Mehr Anstrengungen müssen auf die Verhinderung und Beseitigung von Rechtsverletzungen Minderjähriger konzentriert werden.

Das erfordert eine höhere Qualität und Effektivität der staatsanwaltschaftlichen Aufsicht über die Gesetzlichkeit und Begründetheit der Urteile, Entscheidungen, Gerichtskritiken und Beschlüsse, die von den Gerichten erlassen werden. W. I. Lenin lehrte, daß aus jedem gut organisierten und auf hohem politischen Niveau durchgeführten Gerichtsprozeß Lehren für die öffentliche Moral und die praktische Politik gezogen werden können und müssen.^{/23/} Dieser Leninsche Hinweis muß bei der Durchführung aller anhängigen Gerichtsverfahren Richtschnur sein.

Staatsanwaltschaftliche Aufsicht zum Schutz der Rechte und der gesetzlichen Interessen der Bürger

Die Verhandlung von Zivilsachen vor Gericht ist eng mit dem Schutz der Rechte und der gesetzlichen Interessen der Bürger verbunden. Die staatsanwaltschaftliche Aufsicht über die strikte Einhaltung der Gesetze im Zivilverfahren bedarf ebenfalls der Verbesserung und höherer Wirksamkeit. Vor allem ist es notwendig, die Anstrengungen auf die Beseitigung von Gesetzesverletzungen in Arbeitsrechts- und Wohnungsrechtsfällen zu konzentrieren. Die Forderungen des Gesetzes über den Ersatz des materiellen Schadens durch den Schuldigen im Zivil- wie auch im Strafverfahren sind unbedingt strikt einzuhalten. In stärkerem Maße sind Klagen bei Gericht zu erheben bzw. zu unterstützen, wenn dies der Schutz der staatlichen oder gesellschaftlichen Interessen oder der Rechte und der gesetzlichen Interessen der Bürger erfordert.

Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU wird über die Festigung der Rechtsgrundlage des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gesprochen.^{/24/} Das steht in enger Beziehung auch zum Schutz der Rechte der Bürger. Das Recht auf Beschwerde ist ein subjektives Recht der Bürger, das ihnen durch Gesetz eingeräumt wurde, um unrichtige und ungesetzliche Handlungen von Verwaltungsorganen und deren verantwortlichen Mitarbeitern anzufechten. Eine wichtige Pflicht der Staatsanwälte ist es, rechtzeitig die Beschwerden, Eingaben und Briefe der Werktätigen zu bearbeiten, sich feinfühlig gegenüber denen zu verhalten, die sich an sie wenden, sich in ihre Nöte zu versetzen, schnell die Verletzungen des Gesetzes und der Rechte der Bürger zu beseitigen und Maßnahmen für die Verhinderung ähnlicher Verletzungen zu treffen. Richtig verhalten sich jene Staatsanwälte, die die Sprechstunden für die Bürger auch unmittelbar in den Betrieben, auf den Baustellen, in den Kolchosen und

^{/23/} Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 4, Berlin 1963, S. 394.

^{/24/} Vgl. L. I. Breshnew, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXV. Parteitag der KPdSU, a. a. O., S. 99.

Sowchosen durchführen. Diese Praxis sollte auf alle Staatsanwaltschaften ausgedehnt werden.

Täglich den Bürgern die Gesetze zu erläutern, rechtspropagandistisch und rechtserzieherisch unter der Bevölkerung zu wirken, das ist politische und berufliche Pflicht aller Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft. Es geht nicht nur darum, Vorträge über juristische Themen zu halten. Sehr wichtig ist es, vor den Arbeitskollektiven der Betriebe und Organisationen, der Sowchase und Kolchase oder in der Presse, im Rundfunk aufzutreten, wobei dafür entweder der Inhalt von Gerichtsverfahren oder Materialien aus staatsanwaltschaftlichen Überprüfungen über die Einhaltung der Gesetze als Lehren zur Überwindung der Überreste der Vergangenheit, zur Rechtserziehung der Bürger genutzt werden können. Solche Aussprachen werden sehr nützlich im Kampf gegen Rechtsverletzungen sein.

*

Hauptprinzip der Tätigkeit des Staatsanwalts ist das Prinzip der Gesetzlichkeit, die Unversöhnlichkeit gegenüber Gesetzesverletzungen und die Beharrlichkeit im Kampf dagegen, die parteiliche Prinzipienfestigkeit und die hohen Anforderungen an sich und gegenüber anderen für die übertragene Sache. Der parteiliche Arbeitsstil mißt der Kritik und Selbstkritik, der Kontrolle und Überprüfung der Durchführung von Beschlüssen besondere Bedeutung bei.

Die Parteikontrolle über die Arbeit der Organe der Staatsanwaltschaft, die Sorge der Partei um die Ergänzung des Kaderbestandes der Staatsanwaltschaft mit ausgebildeten, würdigen Kadern, die Erhöhung der ideologisch-politischen Vorbereitung und des theoretischen Niveaus dieser Kader verbessern die staatsanwaltschaftliche Aufsicht. Die Bemühungen der Leiter der Organe der Staatsanwaltschaft müssen sich auf die lebendige organisatorische Arbeit mit den Kadern, auf die Erhöhung des Wissens und des Könnens dieser Kader konzentrieren.

In Verwirklichung der Beschlüsse des XXV. Parteitages der KPdSU erhöhen die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft das Niveau ihrer gesamten Tätigkeit, um die ihnen übertragenen Aufgaben zur weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und der sowjetischen Rechtsordnung erfüllen zu können. Die hohe Wertschätzung der schweren und ehrenvollen Arbeit der Mitarbeiter der Miliz, der Staatsanwaltschaft, der Gerichte und der Justizorgane, die Genosse L. I. Breshnew im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXV. Parteitag ausdrückte^{/25/}, verpflichtet uns alle, mit noch größerem Elan zu arbeiten und unseren Beitrag zur erfolgreichen Erfüllung der historischen Beschlüsse des Parteitages, der großartigen Aufgaben des kommunistischen Aufbaus zu leisten.

^{<25/} Vgl. ebenda, S. 101.

(Aus Sozialisticheskaja sakanost 1976, Heft 5, S. 3 ff. Geringfügig gekürzte Übersetzung und Quellenangaben in Fußnoten von Heinz Wostry, Berlin. Zwischenüberschriften von der Redaktion.)

Fragen und Antworten

Innerhalb welcher Frist werden Schecks angenommen?

Der zunehmenden praktischen Bedeutung entsprechend, wurde mit der AO über den Scheckverkehr vom 25. November 1975 und den dazu als Anlage erlassenen Bestimmungen für den Scheckverkehr (GBl. I S. 760) eine einfache, übersichtliche und verständliche Regelung für

die Zahlungen der Bürger und Betriebe mit Schecks getroffen, die in der Währung der DDR ausgestellt und auf ein Geld- oder Kreditinstitut der DDR bezogen sind. Zugleich wurde damit der Scheckverkehr sicherer und rationeller gestaltet. Andere scheckrechtliche Bestimmungen bleiben durch die Anordnung unberührt und haben ihre Bedeutung vor allem für den Scheckverkehr